

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer grösser. Auch Sozialhilfeabhängige sollen in wirtschaftlich guten Zeiten finanziell besser gestellt werden

Auf Grund der schlechten Finanzlage anfangs dieses Jahrtausends hat sich der Kanton Basel-Stadt aktiv dafür eingesetzt, dass die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe die Mindestansätze für den Grundbedarf (Essen, Kleider, etc) um mindestens 7% gekürzt hat. Seit die Kürzungen bei der Sozialhilfe auf den 1. April 2005 in Kraft traten, hat es keine Anpassung des Grundbedarfs der an die Teuerung mehr gegeben. Zudem wurde die Vergütung an Krankenkassenprämien um 10% gekürzt. Im Gegenzug wurde ein Anreizmodell umgesetzt, welchem jedoch nur beschränkt Erfolg beschieden ist.

Zum Vergleich: Die AHV/IV - RentnerInnen haben dieses Jahr 2.8%, und die BezügerInnen der EL 2.7% mehr Leistungen erhalten.

In der Zwischenzeit hat sich die Finanzlage des Kantons erheblich verbessert. So sind die Schulden des Kantons Basel-Stadt von 1999 bis heute um über 1,5 Milliarde Franken auf ca. 2,3 Mia. reduziert worden. Diese an sich erfreuliche Entwicklung ist unter anderem auch auf einschneidende Sparmassnahmen zurück zu führen, in deren Folge viele BewohnerInnen unseres Kantons bei privaten Firmen oder bei der Verwaltung ihre Arbeitsstelle verloren haben. Im Gegensatz zu früher sind heute praktisch alle Gesellschaftsgruppen gefährdet Sozialhilfe abhängig zu werden.

Sozialhilfe-EmpfängerInnen können ihre Situation nur dann wirklich verbessern, wenn es Ihnen gelingt, sich von der Sozialhilfe zu lösen. Dieses Ziel können viele auf Grund der gesellschaftlichen Gegebenheiten jedoch nicht erreichen. Sie müssen für jede Zusatzleistung einen Bittgang zur Behörde machen.

Im Kanton Basel-Stadt ist die Kluft zwischen Arm und Reich besonders gross. Professor Mäder, ehemaliges Grossratsmitglied, wies dies in verschiedenen Studien nach. Die Ausgrenzung einzelner gesellschaftlicher Gruppen birgt grossen sozialen Zündstoff. Die immer wieder aufflackernden Unruhen in Frankreichs Vorstädten zeigen dies drastisch auf. In Basel-Stadt verloren die untersten Einkommensgruppen in den letzten 5 Jahren über 15% ihrer Kaufkraft.

Angesichts der deutlich besseren Finanzlage würde es dem Kanton Basel-Stadt gut anstehen, auch die finanzschwächsten Mitglieder der Gesellschaft am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben zu lassen. Eine einmalige Auszahlung im Sinne einer 13. Grundbedarfs an alle Sozialhilfeabhängige würde den Kanton rund 5 Millionen Franken Kosten.

Ich frage die Regierung an:

1. Um wie viel ist die Kluft zwischen Arm und Reich im Kanton Baselstadt in den letzten 5 Jahren gewachsen?
2. Stimmt die Annahme, dass vor allem die untersten Einkommensgruppen besonders Mühe haben, ihre finanzielle Situation zu verbessern?
3. Teilt die Regierung die Einschätzung, dass der Kaufkraftverlust in den letzten 5 Jahren besonders für die untersten Einkommensgruppen sehr gross war?
4. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass sich in der immer grösseren werdenden Kluft zwischen Arm und Reich beträchtlichen sozialen Zündstoff birgt und dass soziale Spannungen unter Umständen hohe Folgekosten verursachen können?
5. Ist die Regierung bereit gemäss Paragraph 10 des Sozialhilfegesetzes, welcher Ausnahmen von den regelmässigen Zahlungen zulässt, die Sozialhilfeabhängigen mittels einer einmaligen Auszahlung eines 13. Grundbedarfs an der erfreulichen Entwicklung der Kantonsfinanzen teilhaben zu lassen?
6. Sieht der Regierungsrat allenfalls andere Möglichkeiten, den Sozialhilfeabhängigen durch eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage zu signalisieren, dass sie nicht vergessen werden?

Urs Müller-Walz